

### Internationale Gewerkschaften & G20

## Künftig am Verhandlungstisch

Seit langem gefordert und jetzt endlich offiziell: Die Gewerkschaften der G20-Staaten werden künftig als Verhandlungspartner am G20-Prozess beteiligt. Darauf haben sich die G20-Staaten auf dem Gipfel in Seoul am 11./12. November geeinigt. Dieser Erfolg ist ein Ergebnis zahlreicher Gespräche, in denen die Gewerkschaften vor und während des Gipfels bei den Staats- und Regierungschefs für ihre Positionen geworben haben. Auf dem „Gewerkschaftsgipfel von Seoul“ waren diesmal rund 50 hochrangige GewerkschaftsführerInnen vertreten – so viel wie nie zuvor. Dank des beständigen Drucks der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist letztlich auch noch erreicht worden, dass soziale Aspekte in das Schlusssdokument von Seoul aufgenommen wurden. „Die Staats- und Regierungschefs haben sich auf einem Gipfel der Zwietracht und der nationalen Alleingänge zumindest darauf verständigen können, weiterhin die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen ins Zentrum aller Maßnahmen zu stellen, die sie zur wirtschaftlichen Gesundung ergreifen“, erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, der auch Präsi-



Foto: Michael Knuth

dent des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) ist. „Sie haben sich auch verpflichtet, den Ärmsten und denen, die besonders von der Krise betroffen sind, sozialen Schutz zu gewährleisten.“

Insgesamt wird der Gipfel von Seoul aber wohl kaum in die Geschichte eingehen: „Angesichts der

Überall in Deutschland haben in den letzten Wochen Zigtausende im Rahmen der gewerkschaftlichen Herbstaktionen Zeichen für gute Arbeit und eine sozial gerechte Politik gesetzt. Allein am 13. November beteiligten sich über 100 000 Menschen an den Kundgebungen gegen die unsoziale Politik der Bundesregierung in Nürnberg (Foto), Dortmund, Stuttgart und Erfurt.

hochfliegenden Pläne zur Reform der Weltwirtschaft, die die G20-Chefs auf den Gipfeln in London und Pittsburgh vorgelegt hatten, sind die übrigen Gipfelbeschlüsse von Seoul enttäuschend“, betont Sommer. So ist die Finanztransaktionssteuer kein Thema mehr. Stattdessen wird die Neuformulierung der Kapitalmarktregeln für die Banken (Basel III) als „große Wegmarke“ gefeiert. Die Gewerkschaften bleiben bei ihrer Kritik an Basel III: viel zu spät und viel zu wenig (einblick 17/10).

Die G20-Staaten müssten jetzt zeigen, dass sie es ernst meinen mit dem Beschäftigungsaufbau, fordert Sommer. Arbeitsplätze müssen Vorrang haben vor Defizitreduzierung. Hoffnungen setzen die Gewerkschaften in den nächsten Vorsitz der G20. Der geht für ein Jahr auf die französische Regierung über. „Die Franzosen haben signalisiert, dass sie die soziale Agenda und die Beschäftigungsagenda wieder verstärkt aufgreifen wollen – und die internationale Gewerkschaftsbewegung zu all diesen Fragen intensiv konsultieren wollen“, erklärt Sommer. Fest steht bereits, dass es 2011 ein Treffen der G20-Arbeitsminister geben wird, verbunden mit offiziellen Konsultationen der Sozialpartner. •

## plusminusBERLIN

**+** **Olaf Scholz (SPD) findet, dass junge MigrantInnen durch Erwerb eines Hauptschulabschlusses eine „Integrationsleistung erbracht haben“.** Das könne ein Bleiberecht rechtfertigen, selbst wenn sie und ihre Eltern eigentlich ausreisepflichtig seien.

**-** **Die bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) will, dass MigrantInnen innerhalb eines Jahres die deutsche Sprache lernen. Sie droht: Wer das nicht schafft, müsse mit „Sanktionen vom Bußgeld bis zur Leistungskürzung rechnen“.**

### Seite 3

#### Nicht vertretbar

**Der Prüfbericht zur Rente mit 67 ist durchs Bundeskabinett. Schwarz-Gelb bewertet die Arbeitsmarktsituation Älterer viel zu positiv, meinen die Gewerkschaften**

### Seite 5

#### Praktikum für lau

**Die Bundesregierung sieht keinen Anlass, die Situation von Praktikanten zu verbessern – weder in der Privatwirtschaft noch in den eigenen Ministerien**

### Seite 7

#### Glaubwürdigkeit zählt

**Nach fast zehn Jahren als GdP-Vorsitzender tritt Konrad Freiberg auf dem anstehenden Gewerkschaftskongress nicht zur Wiederwahl an. Im einblick-Interview zieht er Bilanz**



#### Der Surf-Tipp fürs Internet

**[www.bigbrotherawards.de](http://www.bigbrotherawards.de)**  
Noch bis Ende 2010 können auf der Internetseite des BigBrotherAwards Kandidaten für den Datenmissbrauch des Jahres vorgeschlagen werden

#### Hintergrund

**[www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)**  
Die Erklärung der Global Unions anlässlich des G20-Gipfels in Seoul

GKV

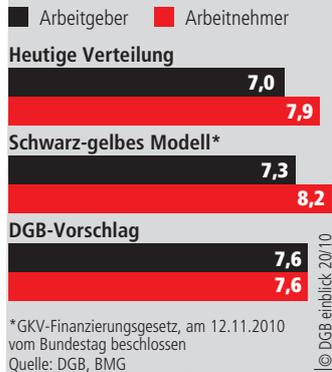
## Entlastungen möglich

Jetzt ist sie durch den Bundestag: Die Reform der Finanzierung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) inklusive Kopfpauschale hat am 12. November das Parlament mit schwarz-gelber Mehrheit passiert. Die Koalition macht mit ihrem „GKV-Finanzierungsgesetz“ nicht nur Politik gegen den eindeutigen Mehrheitswillen der Bevölkerung (*einblick 18/2010*), sie ignoriert auch, dass es finanzierbare Alternativen zur unsocialen Reform gegeben hätte.

Der DGB hat mit einem „Fünf-Punkte-Plan für eine nachhaltig

### So geht gerecht

Beitragsätze der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Gesetzlichen Krankenversicherung in verschiedenen Szenarien (in Prozentpunkten)



**Der DGB-Vorschlag setzt auf eine paritätische Finanzierung der GKV.**

solidarische Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung“

eine solche Alternative vorgestellt. Statt die Schere zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen weiter auseinanderklaffen zu lassen, kehrt der DGB-Vorschlag zurück zu einer echten paritätischen Finanzierung – mit Entlastungen für die Versicherten.

In der Summe „spart“ der DGB im Vergleich zum Regierungsmodell sogar 0,3 Beitragspunkte: „Dafür schlagen wir vor, dass der Bund die steuerfinanzierten Beiträge für ALG II-Bezieher von derzeit 126,05 Euro auf die Höhe der durchschnittlichen Krankenkassenausgaben von 261 Euro pro Versicherte anhebt“, erklärt DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. „Dadurch können die Beitragszahler um 3,7 Milliarden Euro entlastet und die Beiträ-

ge um weitere 0,3 Prozentpunkte gesenkt werden.“ So könnten die GKV-Finzen kurzfristig stabilisiert werden.

Für eine langfristige Stabilisierung schlägt der DGB vor, die Versicherungspflichtgrenze zu erhöhen und mittelfristig abzuschnürten. Diese Grenze legt fest, ab welcher Gehaltshöhe ArbeitnehmerInnen nicht mehr in der Gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert sind und in die private Krankenversicherung wechseln. Außerdem sollen neben Löhnen und Gehältern auch Kapitaleinkünfte zur Finanzierung der GKV herangezogen werden. Beide Maßnahmen würden die Einnahmeseite der GKV deutlich verbreitern und stabilisieren. ●

[www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

Industriepolitik

## Brüderle mutlos

Anfang November stellte Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) das industriepolitische Gesamtkonzept der Bundesregierung vor. Titel: „Industrieland Deutschland. Stärken ausbauen – Schwächen beseitigen – Zukunft sichern“. Wie genau die Stärken „ausgebaut“ werden sollen, bleibt in dem Papier weitgehend unklar – denn das FDP-geführte Wirtschaftsministerium setzt auf möglichst geringen staatlichen Einfluss. „Die Entwicklung, Herstellung und Vermarktung zukünftiger Konsum- und Investitionsgüter als auch die Entwicklung neuer Produktionstechnologien sollte am besten der unsichtbaren Hand, also dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage an den Märkten, überlassen werden“, heißt es in dem Konzept.

Das einzig Positive an Brüderles Papier sei, „dass die Industriepolitik überhaupt wieder auf die tagespolitische Agenda gehoben wurde“, sagte Dietmar Hexel, für Industriepolitik zuständiges DGB-Vorstandsmitglied. Ansonsten fehle es in dem Konzept an

jedigen ordnungspolitischen Anreizen. Brüderles Industriepolitik sei „ohne Mut und Richtung“. Es fehlten Ideen für dringend notwendige Initiativen zur Kreislaufwirtschaft, zum Recycling oder zur Lagerstätten erkundung knapper Rohstoffe. Und auch ein weiterer Aspekt findet nach Ansicht des DGB zu wenig Beachtung: „Wir werden unser Fachkräfteproblem nicht lösen, wenn Niedriglöhne den Arbeitsmarkt dominieren. Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn ist auch ein industriepolitisches Programm“, so Hexel. ●

Ein-Euro-Jobs

## Keiner will sie

Gewerkschaften, Forschungsinstitute, Arbeitgeber im Handwerk, ein Vorstand der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Bundesrechnungshof: So einhellig wie zurzeit war die Kritik an „Ein-Euro-Jobs“ selten. Eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hatte Anfang November offenbart, dass Ein-Euro-Jobs Langzeitarbeitslose nicht wieder in den ersten Arbeitsmarkt bringen. Schlimmer noch:

Ein-Euro-Jobber finden sogar seltener wieder eine reguläre Stelle als andere Langzeitarbeitslose.

Auch der Bundesrechnungshof erneuerte seine Kritik an den beschäftigungspolitisch ineffektiven Ein-Euro-Jobs und schlug eine Höchstquote je Kommune vor. BA-Vorstand Heinrich Alt forderte eine „neue Strategie“ der Arbeitsförderung. Ein-Euro-Jobs sollten nicht mehr als Zwangsmaßnahme verordnet werden.

Otto Kentzler, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), forderte gegenüber der Welt sogar eine komplette Abschaffung: Ein-Euro-Jobs würden immer wieder „zur Durchführung handwerklicher Tätigkeiten genutzt – auch wenn das eigentlich verboten ist“. Geförderte Arbeit konkurriere so mit regulär arbeitenden Unternehmen und schaffe damit mehr Arbeitslosigkeit. Der DGB fordert, Ein-Euro-Jobs nur noch auf freiwilliger Basis anzubieten, wenn Langzeitarbeitslose „im Einzelfall erst an Arbeit herangeführt werden müssen“. Im Öffentlichen Dienst müssten aber „grundsätzlich reguläre Arbeitsplätze eingerichtet werden“, betont DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. ●

EU-Hedgefonds-Richtlinie

## Kein Schutz vor Krisen

DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki hat die kürzlich vom EU-Parlament bestätigte Richtlinie zur Regulierung von Hedgefonds und Private Equity Fonds kritisiert. Sie dokumentiere „die fehlende Bereitschaft der Kommission und vor allem des Rates, Hedgefonds und Heuschrecken grundlegend so zu regulieren, dass künftig keine systemischen Risiken von den so genannten ‚Alternativen Investmentfonds‘ ausgehen“.

Einzig die „arbeitnehmerorientierten Abgeordneten“ im EU-Parlament hätten dafür gesorgt, dass es zumindest strengere Regeln für Private Equity Fonds gebe, so Matecki. Insgesamt erzeuge die Richtlinie nur Scheinsicherheit, ohne vor künftigen Verwerfungen zu schützen. „Die jetzige Regelung kann daher nur als ein erster Schritt angesehen werden“, meint Matecki. Der DGB werde sich auch weiterhin für verschärfte Regelungen einsetzen – national und auf europäischer und internationaler Ebene. ●

## Nicht vertretbar, nicht erreichbar

Das Bundeskabinett hat den Prüfbericht von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) zur Rente mit 67 gebilligt und will an der schrittweisen Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters festhalten.

Als Erfolg wertet die Bundesregierung etwa, dass der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter unter den 60- bis 65-Jährigen auf 23 Prozent gestiegen ist. Das sei kein Erfolg, sondern „eine arbeitsmarkt- und sozialpolitische Katastrophe“, kritisiert DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. Schließlich heißt das auch, dass über drei Viertel dieser Altersgruppe keinen entsprechenden Arbeitsplatz haben. Und nicht einmal zehn Prozent schaffen es heute, bis zum Alter von 65 in regulärer Beschäftigung zu bleiben. „Wenn die überwiegende Mehrheit keine echte Chance hat, überhaupt bis 65 Jahren zu arbeiten, ist die Rente mit 67 völlig unzumutbar“, so Buntenbach. Der DGB fordert deshalb: Die Rente mit 67 muss zumindest auf Eis gelegt werden. Die Beitragsziele der Bundesregie-



**Im Jahresvergleich steigen die Arbeitslosenzahlen Älterer.**

rung (minus 0,5 Beitragspunkte bis 2030) ließen sich nach Ansicht des DGB auch ohne die „ohnehin marginalen Einsparungen der Rente mit 67“ erreichen. Aktuelle Zahlen der Rentenversicherung zeigten die entsprechenden finanziellen Spielräume.

Auch die IG Metall kritisiert die Entscheidung der Bundesregierung scharf. Sie wirft Schwarz-Gelb außerdem vor, die vorliegenden Zahlen falsch zu interpretieren. IG Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban fordert eine unabhängige Expertenkommission zur Bewertung der Statistiken, an der auch die Sozialpartner beteiligt werden. ver.di bemängelt anlässlich der Kabinettsentscheidung die „plan- und strukturlose Alterssicherungspolitik der schwarz-gelben Koalition“. IG BCE-Vize Ulrich Freese kommentiert: „Ältere haben nach wie vor schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt, es gibt schlicht nicht genug Arbeitsplätze.“ Die vorhandenen Arbeitsplätze seien oft weder alters- noch altersgerecht. Solange das so sei, „kann und darf das Renteneintrittsalter nicht auf 67 steigen“. •

## Erwerbsminderungsrente

**Neben einem Stopp der Pläne zur Rente mit 67 fordern die Gewerkschaften auch, die Erwerbsminderungsrente wesentlich besser auszustatten als heute und den Rentenzugang wegen Erwerbsminderung zu vereinfachen. „Wer wegen Krankheit in angemessener Zeit keine Arbeit mehr findet, muss durch eine vernünftige Erwerbsminderungsrente abgesichert sein“, meint der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel. Derzeit sei die Erwerbsminderungsrente viel zu niedrig. Sie betrage durchschnittlich nur 643 Euro. „Das darf nicht das Ergebnis einer Lebensarbeitsleistung sein“, so Wiesehügel.**

**Die Bundesregierung behauptet**, in den letzten fünf Jahren hätte eine Million Älterer einen neuen Arbeitsplatz gefunden, und in den vergangenen zehn Jahren habe sich die Zahl älterer Erwerbstätiger verdoppelt.

**Fakt ist**, dass die Zahl älterer Arbeitsloser aktuell steigt (siehe Grafik) – völlig gegen den Trend bei der Gesamtarbeitslosenzahl.

**Ursula von der Leyen behauptet**, es gebe drei Möglichkeiten, die Finanzierung des Rentensystems zu stabilisieren: „Erstens Beiträge rauf, zweitens Renten kürzen oder drittens etwas länger arbeiten.“

**Fakt ist**, dass es nach dieser Logik nur zwei Möglichkeiten gibt – denn „Zweitens“ und „Drittens“ laufen auf dasselbe hinaus: Das durchschnittliche Alter, in dem die Menschen heute in Altersrente gehen, liegt bei 63 Jahren. Wer früher als mit 67 (oder heute mit 65) in Rente geht, muss deutliche Rentenabschläge hinnehmen. Bereits heute geht fast jede/r zweite „NeurentnerIn“ mit Abschlägen in den Ruhestand.

**Ursula von der Leyen behauptet**, die Rente mit 67 sei trotzdem keine Rentenkürzung, weil die Menschen im Durchschnitt immer länger leben und damit auch länger Rente beziehen: Unterm Strich gebe es also ungefähr genauso viel.

**Fakt ist**, dass etwa Langzeitarbeitslose, die mit deutlichen Abschlägen in Rente gehen müssen, wesentlich früher sterben als andere (u.a. Studie Uni Leipzig von 2006). Abgesehen davon ist das Argument an Zynismus kaum zu überbieten: Die Rente reicht zwar nicht zum Leben – aber das immer länger.

**Die Bundesregierung behauptet**, bis ins Jahr 2024 erhöhe sich die Rente eines so genannten Eckrentners von heute 1224 Euro auf 1584 Euro: eine Steigerung um über 29 Prozent.

**Fakt ist**, dass der statistisch berechnete „Eckrentner“ (gleichmäßiger Durchschnittsverdienst im gesamten Erwerbsleben, 45 Beitragsjahre zu Rentenversicherung) zur reinen Fiktion

geworden ist. Im letzten Jahrzehnt erreichten über 70 Prozent der männlichen und fast 90 Prozent der weiblichen „NeurentnerInnen“ keine 45 Beitragsjahre.

**Ursula von der Leyen behauptet**, die Rente mit 67 sei auch für körperlich hart Arbeitende kein Problem. Dachdeckern beispielsweise könne man zwar nicht zumuten, diese Arbeit bis 67 zu machen. Aber man könne ihr „Wissen im Kopf“ nutzen, sie könnten zum Beispiel in der Ausbildung arbeiten.

**Fakt ist**, dass die Arbeitslosenquote von Dachdeckern schon im Alter von 55 Jahren, auch gesundheitsbedingt, bei fast 18 Prozent liegt – weit über dem Durchschnitt aller Berufe. Wenn ab etwa diesem Alter alle Dachdecker nach und nach in die Ausbildung gehen, gäbe es angesichts der aktuellen Auszubildendenzahlen im Dachdeckerhandwerk mehr neue Ausbilder (knapp 10 000) als Auszubildende (8247). Das ist eher realitätsfremd, Frau von der Leyen.

DGB-Projekt

## Familie geht vor

Muss die Familie vereinbar mit dem Beruf sein oder der Beruf vereinbar mit der Familie? Durch die Entgrenzung und Flexibilisierung von Erwerbsarbeit eröffnen sich Chancen, entstehen aber auch Risiken: Chancen für eine selbstgestaltete Lebensplanung und geschlechtergerechte Arbeitszeiten – aber nur unter günstig gestalteten betrieblichen Bedingungen. Sowohl die Chancen als auch die Risiken will der DGB am 13. Dezember mit einer familienpolitischen Tagung zum Thema „Familiengerechte Jobs statt jobgerechte Familien!“ in Berlin analysieren. ExpertInnen aus Gewerkschaften, Politik und Wissen-



Über alle Parteigrenzen ist sich die Politik einig: **Die Bildungsausgaben müssen steigen.** Doch anstatt in Schulen und Hochschulen zu investieren, binden sich Bund und Länder mit der jüngst eingeführten Schuldenbremse noch selbst die Hände. Das von **Kai Eicker-Wolf**, Wirtschaftsexperte des DGB-Bezirks

erörtern, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden kann. Die Tagung mit Diskussionsrunden und vier Workshops ist zudem die Abschlussveranstaltung des DGB-Projekts „Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Hessen-Thüringen, und dem GEW-Vorsitzenden **Ulrich Thöne** herausgegebene Buch **An den Grundpfeilern unserer Zukunft sägen** nimmt deshalb die aktuelle Haushaltspolitik unter die Lupe. In fünf Beiträgen analysieren die AutorInnen die Folgen der Steuerreformen der letzten Jahre für die öffentlichen Haushalte und damit auch für die Bildungsausgaben – und wo Deutschland inter-

national in Sachen Bildungsausgaben steht. Außerdem wird der finanzielle Bedarf im Bildungs- und Betreuungssystem analysiert. Das Fazit: ein Kurswechsel zu Gunsten expansiver Ausgaben im Bildungsbereich muss her.

*Kai Eicker-Wolf, Ulrich Thöne (Hrsg.): An den Grundpfeilern unserer Zukunft sägen – Bildungsausgaben, Öffentliche Haushalte und Schuldenbremse, Metropolis Verlag, 199 Seiten, 22,80 Euro*

gestalten!“ – die Verantwortlichen stellen die zentralen Ergebnisse der vergangenen Jahre vor. Eingeladen sind Betriebs- und Personalräte, GewerkschafterInnen und MultiplikatorInnen aus Wissenschaft und Arbeitswelt. Anmeldungen bis zum 6. Dezember per E-Mail an: [sabine.westphal@dgb.de](mailto:sabine.westphal@dgb.de) • [www.familie.dgb.de](http://www.familie.dgb.de)

Hans-Böckler-Stiftung

## Duale Ausbildung

Lernen im Betrieb und in der Berufsschule – das ist der bewährte Zweiklang in der dualen Berufsausbildung. Mit einer Analyse von Be-

triebs- und Dienstvereinbarungen zeigt ein Band der Hans-Böckler-Stiftung (Bund-Verlag, 139 Seiten), wie betriebliche Akteure die duale Ausbildung in den letzten 40 Jahren gestaltet haben. Ausgewertet werden Regelungen zu allen Aspekten rund ums Thema – vom Auswahlverfahren bis zur Übernahme. Ziel der Dokumentation ist es, Trends aufzuzeigen und Anregungen für Betriebs- und Personalräte zu geben, wie eigene Vereinbarung auf den Weg gebracht werden können. Der Band inklusive CD-ROM kann für 12,90 Euro zuzüglich Porto und Versand online beim Bund-Verlag bestellt werden. • [www.bund-verlag.de](http://www.bund-verlag.de)

## interregio

••• Der **DGB-Bezirk Nord** und die Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e.V. (VUMV) haben eine **gemeinsame Broschüre** herausgegeben. Der stellvertretende DGB-Bezirksvorsitzende Ingo Schlüter betont: „Die NPd im Landtag ist ein echter Standortnachteil. Die Risiken, die von Fremdenhass, Rassismus und Intoleranz ausgehen, sind nicht zu unterschätzen.“ Mit einem gemeinsamen Projekt wollen die Sozialpartner zudem in Betrieben und Berufsschulen

für Demokratie, Toleranz und politische Streitkultur werben. [www.nord.dgb.de](http://www.nord.dgb.de)  
 ••• Die **DGB-Region Köln-Bonn** und die Volkshochschule Köln laden vom 4. bis 6. Mai 2011 zum **„Ersten Kölner Festival des politischen Kabarets“** ein. Insgesamt 16 renommierte KabarettistInnen werden die aktuelle Politik an drei Themenabenden auf die Schippe nehmen. Das Programm: am 4. Mai „Die große Hartz IV-Gala“, am 5. Mai „Krise? Welche Krise?“ und am 6. Mai „Schlachtplatte – die Endabrechnung“. Unter anderem dabei: Wilfried Schmickler, Heinrich Pacht und Fatih Cevikkolu. [www.koeln-bonn.dgb.de](http://www.koeln-bonn.dgb.de)

Anzeige



Unternehmen für Bildung.

### Beschäftigung stabilisieren

Wir engagieren uns seit rund **60 Jahren** für die **Sicherung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen** durch Qualifizierung und Vermittlung. In unseren **bundesweit 25 Geschäftsstellen und circa 300 Bildungsstätten** qualifizieren wir **jährlich etwa 60.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer**. Wir sind in den Regionen verankert und so der kompetente Partner für Arbeitssuchende, Arbeitnehmer, Unternehmen, öffentliche Institutionen und Kommunen in der regionalen Arbeitsmarktpolitik. Das bfw ist zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2008.

**Wir beraten Sie gerne!**

Berufsbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfw), Schimmelbuschstr. 55, 40699 Erkrath, Tel.: 02104 499-0, Fax: 02104 499-255, E-Mail: [info@bfw.de](mailto:info@bfw.de), [www.bfw.de](http://www.bfw.de)

---

**Die bfw-Unternehmensgruppe:**



Unternehmen für Bildung.



**weitblick**  
personalpartner



Partner für Kompetenz und Qualität  
im Netzwerk Gesundheit und Soziales



**inab**  
Unternehmen für Bildung.

## Nullnummer Praktikum

Die Situation von Praktikantinnen und Praktikanten bewertet die Bundesregierung weitgehend positiv. Weder in der Privatwirtschaft noch in den eigenen Ministerien will Schwarz-Gelb die Bedingungen für PraktikantInnen verbessern. Dabei wäre das dringend nötig, betont die DGB-Jugend.

Die jüngste Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der grünen Bundestagsfraktion zur Situation von PraktikantInnen wirkt realitätsfremd: Lohndumping und Missbrauch von Praktika, etwa um Vollzeitjobs billig zu ersetzen, kommen laut offizieller Stellungnahme angeblich nur selten vor. Für die Bundesregierung steht fest: „Die überwältigende Mehrheit von Praktika dient unmittelbar dem Interesse des Praktikanten zur Erweiterung seiner Kompetenzen und findet unter angemessenen Bedingungen statt.“ Unfaire Praktika seien auf „konkrete Problemgruppen“ beschränkt, meint der Parlamentarische Staatssekretär im Bildungsministerium Helge Braun (CDU). Für DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf ist diese Sichtweise schlicht „zynisch“. Besonders vor dem Hintergrund, wie die Regierung ihre eigenen PraktikantInnen behandle.

Denn: Mehr als 3000 junge Menschen haben allein in 2009 ein Praktikum in einem der 14 Bundesministerien oder nachgelagerten Behörden absolviert. Aber gerade mal zwei Ministerien haben allen PraktikantInnen eine Vergütung gezahlt. In neun Ministerien gab es keine Bezahlung, drei Ministerien zahlten nur manchen eine Vergütung. Rudolf kritisiert: „Die Bundesregierung hat offenbar kein Problembewusstsein in Bezug auf die Situation junger Menschen.“ Mittlerweile sei es normal, dass junge Menschen auch nach Abschluss ihrer Ausbildung und ihres Studiums mit Praktika, Mini-Jobs, Honorarjobs oder befristeten Arbeitsverträgen konfrontiert werden. „Das Praktikum muss gesetzlich als Lernverhältnis definiert

werden“, fordert Rudolf. „Inhalt, Dauer und Vergütung müssen geregelt werden, reguläre Stellen dürfen nicht durch Praktika ersetzt werden.“

Ein Blick in Zahlen des Bundesarbeitsministeriums von 2008

### Auswärtiges Amt begehrt

Gesamtzahl aller PraktikantInnen in Bundesministerien (BM) 2009\*

871	Auswärtiges Amt
539	BM für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
307	BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
299	BM Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
166	BM des Inneren
159	BM der Verteidigung
148	BM der Finanzen
144	BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
124	BM für Wirtschaft und Technologie
110	BM der Justizen
99	BM Arbeit und Soziales
59	BM für Bildung und Forschung

\* Angaben des Gesundheitsministeriums und des Familienministeriums liegen nicht vor  
Quelle: Bundesregierung 2010

**Das Auswärtige Amt war 2009 das begehrteste Ressort. Allerdings: Keiner der dort eingesetzten 871 PraktikantInnen erhielt eine Vergütung. Und das bei einer durchschnittlichen Praktikumsdauer zwischen sechs Wochen und einem halben Jahr. Einzig das Innenministerium (82 bis 511 Euro) und das Justizministerium (50 bis 255 Euro) zahlten allen PraktikantInnen eine Vergütung.**

hätte Schwarz-Gelb einen Hinweis auf die wirkliche Situation der „Generation Praktikum“ geben können. Denn die belegen: Rund 20 Prozent der jungen Menschen mit abgeschlossener Ausbildung oder Hochschulzeugnis absolvierten trotz Abschluss ein oder mehrere

Praktika, um einen Einstieg in die Arbeitswelt zu finden. Jedes zweite dieser Praktika dauerte sogar länger als sechs Monate. Besonders bedenklich: Mehr als die Hälfte dieser freiwilligen Einstiegspraktika war unbezahlt.

Die DGB-Jugend betreibt seit mehreren Jahren eine Bewertungsbörse im Internet, um die Erfahrungen der „Generation Praktikum“ zu dokumentieren. Die Bilanz vieler ehemaliger PraktikantInnen klingt ernüchternd: Von enttäuscht („Unbezahlter fester Arbeitsplatz“) bis sarkastisch („Manchesterkapitalismus bekam hier für mich eine ganze neue Bedeutung.“) reichen die Kommentare. Ein ehemaliger Praktikant einer großen Hamburger PR-Firma berichtet beispielsweise: „Die Firma gehört eindeutig in die Kategorie Ausbeutung! Überstunden ohne Ende werden als selbstverständlich angesehen. Man ersetzt als Praktikant schlichtweg eine Arbeitskraft.“

In der achtseitigen Stellungnahme der Bundesregierung spielen solche Erfahrungen keine Rolle. Konkrete Statistiken zum Thema gebe es nicht, erstellen will die Regierung aber auch keine. Man sehe dafür „gegenwärtig keine Veranlassung.“ Die Regierung verfare so frei nach dem Motto „Wo es keine statistischen Daten gibt, gibt es auch kein Problem“, kritisiert die DGB-Jugend – und will Abhilfe schaffen: Gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung und der FU Berlin führt die Gewerkschaftsjugend aktuell eine Nachfolgestudie zur Praktikanten-Befragung 2007 durch. Titel: „Generation Praktikum 2010“. Veröffentlicht werden die Ergebnisse voraussichtlich im März 2011. ●

## Ratgeber Praktikum

Die DGB-Jugend steht jungen Menschen im oder vor einem Praktikum mit Rat und Tat zur Seite. Unter [www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de) finden sich viele Tipps und Hintergründe zu einem vollwertigen und fairen Praktikum.

Vor allem ein Blick in das seit 2007 laufende Praktikanten-Bewertungsportal lohnt sich. Rund 500 Ex-PraktikantInnen haben dort ihr Resümee zu den Praktikumsbedingungen in Unternehmen und Verwaltungen abgegeben: Ob PR-Agentur oder Friseur-Studio, fast alle Branchen sind vertreten. Ebenfalls ratsam: Ein Blick in den Leitfaden der DGB-Jugend für ein faires Praktikum.

Darüber hinaus gibt es jede Menge Links, Verweise auf Broschüren und Infos für Betriebsräte sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen.

[www.dgb-jugend.de/studium/praktika](http://www.dgb-jugend.de/studium/praktika)

Kleine Anfrage der Grünen zu Praktika sowie die Stellungnahme der Bundesregierung:  
[www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

## kurz & bündig

ver.di

Gemeinsam mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband hat ver.di eine Vereinbarung zur Finanzanlageberatung unterzeichnet. Sie stellt u.a. Grundsätze zur Transparenz und Verständlichkeit von Finanzprodukten auf. Jetzt komme es darauf an, flächendeckend eine „gute und faire Kundenberatung zu erreichen“, so ver.di-Vorstand Uwe Foullong.



**TRANSNET kritisiert die „Bedarfsplanüberprüfung“ für**

Schiene- und Straßenbauprojekte von Verkehrsminister Ramsauer (CSU) als „mutlos“. Von der Ankündigung Ramsauers, zusätzlichen Güterverkehr auf die Schiene holen zu wollen, sei „nicht viel übrig geblieben“.



**Die GdP in NRW hat sich der Forderung von NRW-Innen-**

minister Ralf Jäger (SPD) angeschlossen, am 1. Mai 2011 keine Fußballspiele mit Sicherheitsaufwand auszugetragen. Die Polizei habe am 1. Mai aufgrund von Maidemonstrationen und länderübergreifenden Einsätzen (zum Beispiel in Berlin) „nicht genügend Kräfte“.



**Die IG BAU hat die Handwerkspolitik der Bundesregierung**

massiv kritisiert. Die Pläne von Bundeswirtschaftsminister Brüderle (FDP) „zweijährige Schmalspur-Ausbildungen“ zuzulassen, werden dramatische Folgen für das Handwerk haben, so IG BAU-Vorstand Andreas Steppuhn.

IG BCE-Internetportal

## Studieren ohne Abitur

Nach der Meisterprüfung oder mit einer vergleichbaren beruflichen Qualifikation studieren? Das geht auch ohne Abitur. Ein Beschluss der Kultusministerkonferenz von 2009 hat die formalen Zugangsvoraussetzungen zum Studium für qualifizierte Berufstätige vereinfacht. Allerdings sind nicht alle Hochschulen auf die Studierenden mit beruflichem Hintergrund eingestellt. Die IG BCE hat im Internet eine Datenbank mit allen Unis und Fachhochschulen zusammengestellt, die ein Studium ohne Abitur ermöglichen. Ob berufsbegleitende Präsenz-Uni, Fern- oder Teilzeitstudium: Die IG BCE zeigt, an welcher Uni das möglich ist. Einfach auf der interaktiven Deutschland-Karte ein Bundesland anklicken und die verschiedenen Uni-Standorte unter die Lupe nehmen. ●

[www.einblick.dgb.dellinks](http://www.einblick.dgb.dellinks)

IG Metall-Tool

## Stress bekämpfen

Viele Angestellte klagen immer häufiger über Stress im Büro. Die Ursachen sind vielfältig – schlechte Arbeitsorganisation, großer Leistungsdruck oder ein mieses Arbeitsklima. Das „stressBürometer“ der IG Metall soll Abhilfe schaffen. Damit können Betriebsräte ab sofort den Problemen im Büro auf den Grund gehen. Mit dem Tool können Details unter anderem zur Arbeitsorganisation, zum Leistungsdruck, zur Softwareergonomie und zu Umgebungseinflüssen erhoben und ausgewertet werden. Das „stressBürometer“ beinhaltet zudem Handlungshilfen, um psychische Belastungen zu beurteilen, ein Auswertungsprogramm im Excel-Format sowie weitere hilfreiche Infos. ●

[www.einblick.dgb.dellinks](http://www.einblick.dgb.dellinks)

## „Zeigen, wie es besser geht“



Foto: privat

Aufsichtsrat des Monats November ist **Timo**

**Lage.** Der 32-jährige gelernte Industrieelektroniker vertritt die Interessen der ArbeitnehmerInnen bei Gigaset Communications GmbH – einem international agierenden Hersteller schnurloser Telefone. Als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats und Betriebsrat am Standort Bocholt ist ihm ganz wichtig: „Im Aufsichtsrat geht es nicht darum, gegen etwas zu sein, sondern zu zeigen, wie man es besser machen kann.“ Außerdem stehe er für „absolute Transparenz“. Die Beschäftigten sollen über alle Entscheidung in den Gremien aufgeklärt werden. Was das bedeutet, erklärt Lage im aktuellen Fragebogen zur DGB-Aktion „Aufsichtsrat des Monats“. <http://www.dgb.de/l-p0K>



Aufsichtsrat des Monats

IG BCE-Stiftung

## Stadt Hannover erhält Umweltpreis

Die Stadtverwaltung Hannover, Fachbereich Gebäudemanagement, ist von der Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE mit dem Umweltpreis 2010 ausgezeichnet worden. Ihr Projekt „Tatort“ konnte im Feld der 70 Bewerber überzeugen. Vergeben wurde der insgesamt mit 25 000 Euro dotierte Preis für beispielhafte Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz unter Einbeziehung der Beschäftigten.

Die 39 Beschäftigten des „Tatorts“ Werkhof Hermann-Löhns-Park sparten von 2007 bis 2009 mehr als 40 Prozent Wärmeleistung ein, dazu noch Wasser und Strom. Insgesamt reduzierten sie die Energiekosten um rund 15 000 Euro bzw. sparten 30,5 Tonnen CO<sub>2</sub> ein. Sowohl Ergeb-

nis als auch Konzept – gute Kommunikation und praxisnahes Vorgehen – überzeugten die Jury. Die Energiesparmaßnahmen am „Tatort“ Werkhof sind Teil eines groß angelegten Projekts „Tatort Büro“, in das auch Feuerwehr, Verwaltungen, Museen oder Freizeitheimen einbezogen sind. 30 Prozent der jährlichen Einsparungen gehen als Prämie an die Belegschaft – für Verbesserungen des Arbeitsumfeldes.

Den zweiten Preis erhielten die Evonik Degussa GmbH, Werk Rheinfelden und die Deutschen Edelstahlwerke in Witten. Den dritten Preis teilen sich die Leverkusener Firma Currenta und UPM Nordland Papier in Dörpen/Emsland. ●

[www.arbeit-umwelt.de](http://www.arbeit-umwelt.de)

DGB-Jugend

## Neues Bildungsprogramm

Das Seminarprogramm der DGB-Jugend für 2011 liegt jetzt vor. Schwerpunkte im kommenden Jahr: Rhetorik, kreative Konfliktlösung und Seminare zum Thema „Antirassismus“. Außerdem gibt es Workshops zum Organizing,

zur internationalen gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und zu DGB-Jugend-Projekten wie „students at work“. Das Programm kann kostenlos im Internet heruntergeladen werden. ●

[www.dgb-jugendbildung.de](http://www.dgb-jugendbildung.de)



Foto: Sebastian Henneke

**Konrad Freiberg, 59, ist seit November 2000 Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Beim GdP-Bundekongress vom 22. bis 24. November in Berlin tritt er nicht zur Wiederwahl an. Im einblick-Interview spricht er über den Castor-Transport, Personalabbau bei der Polizei und die Rolle des DGB.**

■ Du hast in den vergangenen Wochen mehrfach kritisiert, dass gesellschaftliche Konflikte, die die Politik herbeigeführt hat, auf dem Rücken der Polizei ausgetragen würden – die Polizei als Puffer zwischen Politik und Bürgern?

■ Die Polizei ist ein entscheidender Indikator für gesellschaftliche Entwicklungen. Unsere Kolleginnen und Kollegen spüren, dass die gesellschaftliche Spaltung in Deutschland zunimmt. Uns fällt auf, dass die Politik Entscheidungen an den Menschen vorbei trifft. Stuttgart 21 ist ein Beispiel dafür, die Aufkündigung des Atomkonsenses ein anderes – was zu den massiven Protesten rund um den jüngsten Castor-Transport geführt hat. Wenn man sich die Geschichte der Castor-Transporte ansieht, dann war es der rot-grüne Atomkonsens, der diesen Konflikt befriedet hat. Wenn man wie Schwarz-Gelb hergeht und diesen Konsens aufkündigt, muss man auch dafür sorgen, dass diese Entscheidung in der Gesellschaft akzeptiert wird – das gehört zum politischen Prozess.

■ Und wie geht es jetzt weiter?

■ Im Unterschied zu irgendeiner Krawall-Demo standen der Polizei in Gorleben, mal abgesehen von wenigen Fehlgeleiteten, ganz normale Bürgerinnen und Bürger gegenüber. Und das stellt die Polizei vor massive Probleme. Die Regierung sollte zur Kenntnis nehmen, dass diese Proteste im Wendland erst der Anfang sind. Wir wollen nicht, dass die Polizei eingesetzt wird, um strittige Entscheidungen der Politik gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern durchzusetzen. Deswegen habe ich auch so harte Worte gefunden. Politik ist dazu da, die Menschen zu überzeugen. Sorge macht uns, dass sie stattdessen nun darauf setzt, Entscheidungen kompromisslos durchzuboxen.

Interview zum GdP-Bundekongress

## „Glaubwürdigkeit ist das Wichtigste“

■ Personalabbau betrifft auch die Polizei immer stärker. Wie sehr belastet das eure Kolleginnen und Kollegen?

■ Zusammen genommen mit verschiedenen anderen Entwicklungen, wie einem enorm gestiegenen Aufwand bei Großdemonstrationen, bei Fußballspielen bis runter in die dritte oder vierte Liga, bei Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten oder bei Rockerprozessen, verschärft der Personalabbau die Situation der Kolleginnen und Kollegen drastisch. Die Konsequenz hat man nun beim Castor-Transport gesehen. Dort haben Polizisten über 30 Stunden Dienst geschoben – und das waren keine Einzelfälle. Unser Aufruf an die Politik lautet deshalb: Verheizt die Leute nicht!

■ Auch die GdP hat sich in den vergangenen zwei Jahren immer wieder für eine sozial gerechtere Politik stark gemacht. Jetzt könnte man fragen: Warum interessiert sich eine „Beamten-gewerkschaft“ wie die GdP für die Finanz- und Wirtschaftskrise? Wie betrifft das eure Kolleginnen und Kollegen?

■ Ich bin ein überzeugter DGB-Gewerkschafter. Für mich war von Anfang an wichtig: Wir sind Teil der Arbeitnehmerschaft insgesamt. Wenn die Wirtschaftskrise dazu führt, dass die öffentlichen Haushalte belastet werden, heißt es oft: „Beim Öffentlichen Dienst muss gespart werden.“ Das sehen wir in Europa, und das sehen wir bei uns. Dabei geht es uns nicht nur um die Rolle der Polizei, sondern vor allem auch um die Rolle des Staates insgesamt. Was wir erleben, ist eine massive Entstaatlichung, die auch eine große Gefahr für die Demokratie ist.

■ Was wird neben den Vorstandswahlen euren Kongress noch bestimmen?

■ Sicherlich das Thema „Gewalt gegen Polizisten“. Das hat wirklich ungeheure Ausmaße angenommen und ist leider keine Entwicklung, die man von heute auf morgen wieder stoppen kann oder die sich in zwei Jahren von allein erledigt. Deswegen mahnen wir auch die Politik immer wieder an, sich dieses Problems anzunehmen. Denn es gibt für Gewalt immer gesellschaftliche Ursachen: Menschen, die keinen Halt mehr haben. Jugendliche, die für sich keine Perspektive mehr sehen.

■ Wie geht ihr das Thema an?

■ Wir versuchen darauf hinzuweisen, welchen Gefahren Polizisten ausgesetzt sind. Allein in Berlin sind im letzten Jahr 3000 Polizisten verletzt worden. Aber nicht nur das: Viele können sich nicht vorstellen, was es für eine Demütigung ist, mit Steinen beworfen zu werden von Menschen, die einen nicht mal kennen, denen man nichts getan hat. Wir fordern einen besseren Schutz für Polizisten – auch mit Gesetzen.

■ 2009 hatten zwei DGB-Gewerkschaften ein reales Mitgliederplus: die GdP und die GEW. Wie habt ihr, die GdP, die Trendwende geschafft?

■ Ich glaube, es gibt da kein Patentrezept nach dem Motto „Wir wissen wie’s geht!“. So etwas erreicht man nicht, indem der Vorstand ein Konzept aufstellt. Es ist uns einfach auf allen Ebenen sehr gut gelungen, die Kolleginnen und Kollegen davon zu überzeugen, dass wir die Vertreter ihrer Interessen sind – auch gegenüber der Politik. Wir haben mit kontinuierlicher Arbeit Vertrauen aufgebaut. Auch in diesem Jahr werden wir wieder ungefähr ein Prozent mehr Mitglieder haben. Obwohl die Zahl der Polizistinnen und Polizisten kleiner wird, haben wir ein Plus. Das macht uns natürlich stolz. Das Allerwichtigste ist schlicht und einfach die Glaubwürdigkeit einer Gewerkschaft.

■ Du bist jetzt fast zehn Jahre GdP-Vorsitzender und damit ebenso lang Mitglied im DGB-Bundesvorstand. Was wünschst du dem DGB für die Zukunft?

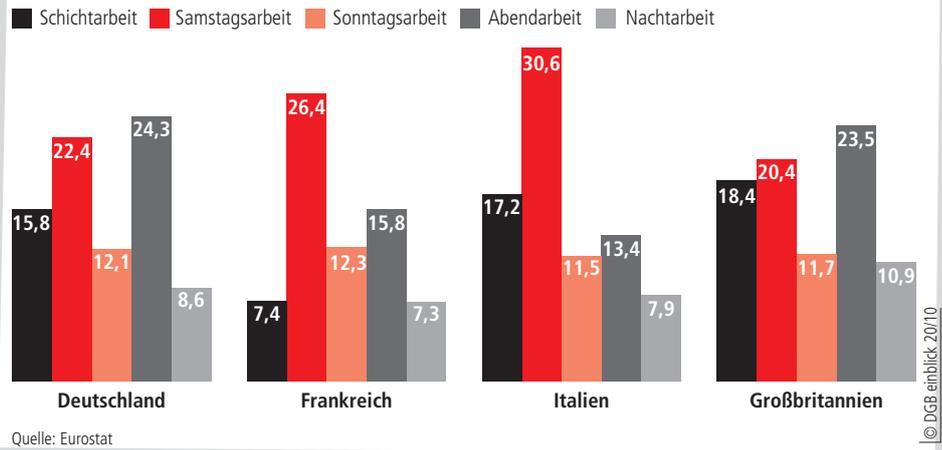
■ Eines ist mir wirklich eine Herzensangelegenheit: Der DGB ist mehr als die Summe der einzelnen Gewerkschaften. Im DGB haben wir schwierige, manchmal quälende Diskussionen geführt. Aber genau dieser Druck muss sein: der Druck, dass eine gemeinsame Lösung im DGB gefunden werden muss. Wenn dieser Druck nicht mehr da ist, geht jeder seiner Wege – insbesondere die großen Gewerkschaften. Deswegen weise ich immer wieder auf die Bedeutung des DGB hin und darauf, wie wichtig es ist, gemeinsame Entscheidungen zu treffen. Das ist uns bisher immer gelungen – dafür bin ich dankbar, und das wünsche ich mir auch für die Zukunft. ●

Die Langfassung des Interviews gibt es online – mit weiteren Themen: von der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst der Länder bis zur Integrationsdebatte. [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

### ARBEITSZEITEN: Atypisch wird typisch

**Der „Nine-to-Five-Job“ mit regelmäßigen Arbeitszeiten an fünf Werktagen pro Woche ist in den großen westeuropäischen Volkswirtschaften längst nicht mehr die Regel. Rund ein Viertel bis über ein Drittel aller ArbeitnehmerInnen arbeitet in Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien regelmäßig zu „atypischen“ Arbeitszeiten – ob im Schichtbetrieb, nachts oder am Wochenende. In den osteuropäischen EU-Ländern sind die Quoten häufig noch höher, wie aktuelle Zahlen von Eurostat zeigen.**

Anteil der ArbeitnehmerInnen zwischen 15 und 64 Jahren, die 2009 regelmäßig folgende atypische Formen der Arbeitszeit hatten (in Prozent)



### personalien

••• Die stellvertretende DGB-Vorsitzende **Ingrid Sehrbrock**, 62, sowie **Regina Görner**, 60, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, sind auf dem CDU-Bundesparteitag Mitte November als Bundesvorstandsmitglieder der Partei wiedergewählt worden. Beide konnten ihr Ergebnis von vor zwei Jahren verbessern. Ingrid Sehrbrock erhielt 70,39 Prozent der Stimmen (2008: 67,73%), Regina Görner 65,88 Prozent (65,60%).

••• **Edeltraud Glänzer**, 55, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der IG BCE, ist Anfang November von der Synode der Evangelischen Kirche in Deutsch-

land (EKD) zum EKD-Ratsmitglied gewählt worden.

••• **John Monks**, 65, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB), ist geadelt worden. Auf Vorschlag der britischen Labour Party zog er als „Life Peer“ ins House of Lords, das britische Oberhaus, ein. Sein offizieller Titel: Baron Monks of Blackley in the County of Greater Manchester.

••• **Heike Lehmann**, 35, Diplom-Politologin, seit Januar 2007 persönliche Referentin der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ingrid Sehrbrock, ist seit dem 1. November Referatsleiterin für „Gleichstellung in Betrieben und Verwal-

tungen“ in der Abteilung Frauen-, Gleichstellungs- und Familienpolitik des DGB-Bundesvorstands.

### 14 TAGE

mehr Infos: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

- 22.-24.11.** GdP, 24. Ordentlicher Bundeskongress, Berlin
- 25./26.11.** WSI-Herbstforum, Berlin
- 25.11.** DGB, Workshop „Schulstruktur und Lernkultur – Möglichkeiten und Grenzen des zweigliedrigen Schulsystems“, Berlin
- 29.11.-10.12.** Vereinte Nationen, UN-Klimagipfel, Cancun/Mexiko
- 30.11.** TRANSNET und GDBA, getrennte Gewerkschafts-

tage mit Beschlussfassung über die Verschmelzung beider Gewerkschaften, Fulda

- 1.12.** TRANSNET und GDBA, geplanter Termin für den ersten gemeinsamen Gewerkschaftstag, Fulda
- 1./2.12.** ver.di b+b, 2. Arbeitnehmerdatenschutzkonferenz, Göttingen
- 2.12.** DGB und GEW, Workshop „Sprachförderung für Kinder unter drei Jahren“, Berlin
- 3.-5.12.** TRANSNET und GDBA, erster gemeinsamer Jugendtag, Fulda
- 4.12.** IG BCE, Recklinghäuser Tagung, Recklinghausen
- 6.12.** DGB Berlin-Brandenburg, Lausitzkonferenz „Die Lausitz – Energieland Gestern, Heute, Morgen“, Cottbus

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24-0, Fax 030/3088 2420, Internet: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de), E-Mail: [redaktion@einblick.info](mailto:redaktion@einblick.info) **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: [bettina.muettel@berlin.de](mailto:bettina.muettel@berlin.de) **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

### Schlusspunkt.

**Welt am Sonntag: Ihr Vorgänger Gerhard Schröder hatte einen Müntefering, Helmut Kohl hatte Schäuble. Wer würde aus Ihrem Kabinett Kanzler, wenn Sie morgen von der Straßenbahn überfahren würden?**  
**Merkel: Ich werde mich von Straßenbahnen fernhalten.**

Interview mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Welt am Sonntag, 14. November

## Krankenversicherung

### Privat bleibt bei Hartz IV privat

Wer in der Vergangenheit selbstständig erwerbstätig und privat versichert war, wird bei Bezug von Arbeitslosengeld II (Hartz IV) nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherungspflichtig. Dies gilt auch dann, wenn schon vor dem Leistungsbezug der private Krankenversicherungsschutz beendet und die selbständige Tätigkeit aufgegeben worden war.

**Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen,  
Beschluss vom 23. August 2010 - L 16 KR 329/10 B ER**

## Kündigungsschutzgesetz

### Gilt nicht in Kleinbetrieben

Nach dem Kündigungsschutzgesetz genießen Arbeitnehmer in Betrieben, in denen in der Regel nur zehn oder weniger Arbeitnehmer beschäftigt sind, keinen Kündigungsschutz. Die darin liegende Ungleichbehandlung zwischen Arbeitnehmern größerer und kleinerer Betriebe verstößt nicht gegen das Grundgesetz. Sie ist sachlich gerechtfertigt, weil Kleinbetriebe typischerweise durch enge persönliche Zusammenarbeit, geringere Finanzausstattung und einen Mangel an Verwaltungskapazität geprägt sind.

**Bundesarbeitsgericht,  
Urteil vom 28. Oktober 2010 - 2 AZR 392/08**

## Pflegeversicherungsrecht

### Benotung eines Pflegeheims öffentlich

Die Benotung eines Pflegeheims darf veröffentlicht werden, soweit sie auf einer neutral, objektiv und sachkundig durchgeführten Qualitätsprüfung des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen basiert.

**Hessisches Landessozialgericht,  
Beschluss vom 28. Oktober 2010 - L 8 P 29/10 B ER**

## Arbeitnehmererfindung

### Bei Streit nicht zum Arbeitsgericht

Für einen Rechtsstreit, in dem ein Arbeitnehmer seinen früheren Arbeitgeber auf Schadensersatzleistungen in Anspruch nimmt, weil er ihm vorwirft, nach der Meldung einer Erfindung des Arbeitnehmers diese zwar zum Patent angemeldet, die Meldung aber nicht weiter betrieben zu haben, ist der Rechtsweg vor die Arbeitsgerichte nicht eröffnet. Vielmehr ist dafür das für Patentstreitigkeiten zuständige Gericht ausschließlich zuständig.

**Hessisches Landesarbeitsgericht,  
Beschluss vom 2. August 2010 - 7 Ta 203/10**

## Arbeitnehmereigenschaft

### Schulbegleiter ist Arbeitnehmer

Ein Schulbegleiter, auch Integrationshelfer genannt, ist eine Person, die während eines Teils oder auch während der gesamten Schulzeit, einschließlich des Schulweges, bei einem Schüler ist, um dessen behinderungsbedingte Defizite zu kompensieren und Hilfe bei alltäglichen Verrichtungen zu geben. Ein vom Träger der Schule vertraglich verpflichteter Schulbegleiter ist im Regelfall Arbeitnehmer.

**Arbeitsgericht Würzburg,  
Urteil vom 28. Juli 2010 - 1 Ca 2108/09**

## Hartz IV

### Wohnungssuche darf nicht ewig dauern

Empfänger von Arbeitslosengeld II müssen sich um eine neue angemessene Wohnung innerhalb von sechs Monaten bemühen.

**Der Fall:** Ein Hartz-IV-Empfänger lebte in einer 91 qm-Wohnung, deren Mietzins sich mit Nebenkosten auf über 900 Euro belief. Der Betroffene wurde aufgefordert, sich eine angemessene Wohnung zu suchen. Dazu erklärte er sich bereit, gab allerdings an, an mehreren Allergien zu leiden, weshalb er an eine Wohnung besondere Ansprüche stelle: Sie solle im Randbereich der Stadt liegen, gute Anbindung an die Innenstadt und gute Infrastruktur haben. Zudem müsse sie mindestens 700 Meter von Handyfunkmasten entfernt sein. Als er nach über einem Jahr keine Wohnung gefunden hatte und die Behörde die volle Mietübernahme einstellte, kündigte der Vermieter wegen Mietrückständen. Darauf beantragte der Betroffene beim Sozialgericht die Übernahme der Mietrückstände. Gegen die Ablehnung durch das Sozialgericht legte der Betroffene Beschwerde ein.

**Das Landessozialgericht:** Der Hartz-IV-Empfänger war verpflichtet, sich binnen einer Frist von sechs Monaten intensiv um eine Wohnung zu bemühen. Dies sei – schon angesichts der Sonderwünsche – nicht der Fall gewesen. Die Übernahme unangemessener Wohnungskosten sei nicht gerechtfertigt, zumal manche der hinderlichen Anforderungen des Betroffenen nicht nachvollziehbar sind.

**Bayerisches Landessozialgericht,  
Beschluss vom 24. Juni 2010 - L 7 AS 391/10 B ER**

## Unterschlagung

### Notarielles Geständnis steht fest

Gibt ein Arbeitnehmer im Arbeitsverhältnis begangene Unterschlagungen zu und unterzeichnet vor einem Notar ein Schuldanerkenntnis, kann er gegen die Wirksamkeit nicht mit Erfolg einwenden, die Überführungsmethoden seien unzulässig gewesen.

**Der Fall:** Der Arbeitnehmer war in einem Getränkemarkt beschäftigt. Nachdem erhebliche Fehlbestände an Leergut aufgefallen waren, installierte der Arbeitgeber eine nicht erkennbare Videokamera über dem Arbeitsplatz. Die Auswertung ergab für zwei Monate über 10 000 Euro Schaden. Der Arbeitnehmer gab zu, seit vier Jahren regelmäßig fingierte Pfandbonzettel abgerechnet zu haben. Er bestätigte handschriftlich, in dieser Zeit einen Schaden von wenigstens 110 000 Euro verursacht zu haben. Später unterzeichnete er ein notarielles Schuldanerkenntnis. Ihm wurde eine monatliche Ratenzahlung in Höhe von 200 Euro eingeräumt. Kurz danach ließ der Arbeitnehmer das notarielle Schuldanerkenntnis anfechten. Er verlangte die Urkunde wegen Sittenwidrigkeit des Rechtsgeschäfts heraus.

**Das Bundesarbeitsgericht:** Einwände gegen die Höhe des von ihm verursachten Schadens oder gegen die Art und Weise der Überführung kann der Arbeitnehmer gegen dieses Schuldanerkenntnis nicht ins Feld führen. Mit der Unterzeichnung hatte er solche bekannten Einwände aufgegeben. Der Inhalt der notariellen Urkunde stellt sich auch nicht als sittenwidrig dar. Zwar ist die Summe hoch, im Verhältnis zu dem vorausgegangenen Geständnis und zu den Feststellungen, die der Arbeitgeber gemacht hatte, ist der Schadensbetrag aber vorsichtig kalkuliert. Der Arbeitgeber hat auch keine Geschäftsunerfahrenheit des Arbeitnehmers ausgenutzt. Die Drohung mit einer Strafanzeige erscheint angesichts des vom Arbeitnehmer selbst eingeräumten Sachverhalts nicht als unverhältnismäßig.

**Bundesarbeitsgericht,  
Urteil vom 22. Juli 2010 - 8 AZR 144/09**